

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mt., bei Selbstabholung 7,50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 40 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 2,50 Mt., bei Platzvorschrift 3.— Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mt. Reklame-Kolonellzeile 10.— Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

v. Wangenheim — Dr. Schiele

Noch zwei harmlose Rapp-Butschillen.

Es ist klar — die Justiz hat in den Herren v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele drei blütenweiße Unschuldsämmer erwirkt, die absolut nichts von Hochverrat wissen, sondern die aus ehesten patriotischen Beweggründen gehandelt haben. „Dah man mir diese Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes einmal als Hochverrat auslegen würde, das hätte ich mir nicht träumen lassen,“ erklärte treuherzig der Agrarierführer v. Wangenheim und wird ganz elegisch ob solch schwarzen Undanks. Er hat nämlich das preußische Landwirtschaftsministerium aus den Händen Rapps nur übernommen, weil ansonsten eine Hungernot zu befürchten war; denn der rote Landwirtschaftsminister Braun hatte seine Kämmer ohne Weisung im Stich gelassen, da er sich nicht wie seine Kollegen „festsetzen“ lassen wollte. Wangenheim hat dann freilich in den Tagen seiner Ministerherrlichkeit auch nichts gegen die drohende Hungernot getan — er kam nicht zum Arbeiten, weil er in der Reichsanzeiger fehnüchtig auf das Zustandekommen des großen Koalitionskabinetts wartete, das „möglichst alle Parteien, jedenfalls die Sozialdemokraten mit umfassen sollte“. So hat er zwar an den Beratungen der Rappleute teilgenommen, die belletische keine Kabinettsitzungen gewesen sind, aber er hat sich trotzdem um die politischen Dinge gar nicht gekümmert und ist an keiner Handlung der Rappregierung beteiligt noch irgendwie dafür verantwortlich. Alles haben Rapp und Lüttich und die anderen Militärs gemacht. Sie, die man nicht hat, sind die einzigen Verantwortlichen. Wangenheim ist also noch unschuldiger als Jagow, wenn das möglich ist; denn der schneidige Traugott hat doch immerhin als kappistischer Innenminister einige Beamtenabfertigungen und -ernennungen vorgenommen, die er schon seit dem Januar 1919, als Rapp ihn für sein „durchaus legales“ Unternehmen anwarb, sorgsam vorbereitet hatte. Man muß sich auf die Junge leisten, wenn Jagow dem hohen Reichsgericht ernsthaft auseinandersetzt, daß diese Abfertigungen keinerlei politische Tendenz hatten, sondern daß die Rappregierung nur Nachmänner statt der Gewerkschaftsführer, Rechtsanwälte usw. haben wollte. Wo dieses Argument nicht paßte, da hatte Jagow Anlaß, sich gegen Nepotismus und Zurücksetzung verdorbener älterer Beamter zu wenden.

Schäfst interessant ist, daß die Jagow und Wangenheim nichts davon gewußt haben wollen, wie kräftig sich der Widerstand gegen die Rappbande im Reich regte. Der Generalstreik, der in Berlin nicht eine Zeitung herauskommen ließ, hat sie nicht aus ihrer Vertrauensseligkeit auf Rapps Stern reißen können. Die Prozesse und die Vertreter der Anklage sind auf diese merkwürdige und schwer zu erklärende Geschichte bisher nicht näher eingegangen. Und die Angeklagten haben natürlich allen Anlaß, den Eindruck aufrechtzuerhalten, als hätten sie bis zuletzt geglaubt, daß Rapp im Besitz der Macht, daß er die Reichsregierung war.

Die Ahnungslosigkeit und Uninteressiertheit der drei Herren in den Tagen des großen Butschillens ist ja überhaupt ein Mirakulum. Sie haben an den aufgeregten Debatten nach ihrer Versicherung nur als Zuschauer teilgenommen, und wenn sie schließlich gegen den Rücktritt Rapps waren, so nur aus Besorgnis, daß eine bolschewistische Diktatur den Bolschewismus züchten und die Entente aufbringen könnte. Der Bolschewismus ist überhaupt ein beliebtes Ablenkungsmittel und sicherlich findet dieses Argument die willigsten Ohren. Natürlich fehlen auch die Anstöße auf die unsägliche revolutionäre Regierung nicht. Besonders hart ist hier der Herr Dr. Schiele, der schlankwegs die Verfassungswidrigkeit der Regierung Scheidemann-Roske bemerkt, weil die Nationalversammlung und ihre Regierung nach der Verkündung der neuen Reichsverfassung hätte abtreten müssen. Deshalb ist Lüttich nach Schiele Meinung durchaus berechtigt gewesen, Gewalt gegen diese Regierung anzuwenden. Indes verhält er nicht, vorichtig zu betonen, daß er mit dieser Gewaltanwendung nichts zu tun gehabt habe.

Die heutige Verhandlung soll dem Verlesen von Urkunden nachwärt sein. Die interessantesten Zeugen, worunter Ludendorff, Roske und andre mehr figurieren, marschieren also noch nicht auf.

Schnitzlerische Dokumente.

In der heutigen Verhandlung des Rapp-Prozesses kamen einige Dokumente zur Verlesung, die in den Papieren des inzwischen verstorbenen Dr. Schnitzler, eines der Mitverschworenen, gefunden wurden. Eines ist ein detailliertes Aktionsprogramm für den Umsturz, das u. a. eine Rückwärtsentwicklung der Reichs- und preussischer Verfassung zu den Bestimmungen der alten Verfassungen und dergleichen mehr vorsieht, sowie sehr ins einzelne gehende Bestimmungen über die Durchführung des Umsturzes und

Sicherung des neuen Regiments enthält — Aufhebung des Versammlungsrechts, Verhinderung von Generalkonferenzen, Festsicherung republikanischer Politiker, energisches militärisches Durchgreifen usw.

Die Angeklagten wissen von diesem Programm nichts; sie erklären es für eine Privatarbeit des Herrn Schnitzler. Ein Zettel, der vom Zeugen Dr. Frohne-Magdeburg an Schnitzler gesandt worden, werin mitgeteilt, daß sich General v. d. Goltz für das Unternehmen, aber nur für militärische Aufgaben, zur Verfügung gestellt habe, wenn alle politischen und militärischen Vorbereitungen getroffen seien, kam ebenfalls zur Verlesung.

Das Unternehmen soll aber nach Frohnes Versicherung nur eine legale militärische Demonstration gewesen sein. Und der Zeuge Grabowski ist sogar überzeugt, daß es nur deshalb zur Einsetzung der Rappregierung gekommen ist, weil die Reichsregierung gesunken sei — ursprünglich habe Kapitän Ehrhardt mit seiner Brigade nur demonstrieren wollen. (Mit völliger kriegsgemäßer Ausrüstung!)

Rathenaus Rückkehr.

Berlin, 7. Dezember. (DA.) Dr. Walter Rathenau wird, wie die Bena erzählt, im Laufe des Freitag in Berlin zurück erwartet. Wir glauben auf Grund zuverlässiger Informationen zu wissen, daß bei den Londoner Besprechungen Rathenaus mit englischen Staatsmännern und Finanzleuten die Frage des Moratoriums weit mehr im Vordergrund gestanden hat, als etwa die Frage einer Kreditgewährung zur Abdeckung der fälligen Januar- und Februarzinsen.

Zur Frage des Moratoriums.

Berlin, 7. Dezember. (TU.) Die Mehrzahl der in der Moratoriumsfrage verbreiteten Nachrichten wird von ununterrichteter Berliner Seite für unzutreffend angesehen. Von seiten der Reichsregierung ist bisher lediglich ein offizieller Schritt bei einer englischen offiziellen Stelle in der Frage der Kreditgewährung getan worden; aber dieser Schritt wurde bereits vor einigen Tagen unternommen. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingelaufen.

Steuerleistung des verschleppten Kapitals.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts regt an, das ins Ausland verschleppte Kapital zur Steuerleistung heranzuziehen. Es sei bekannt, daß die Zahl der deutschen Auslandsguthaben bis in die Goldmillarden gehe. Die Besitzer dieser Werte versteckten sich zum Teil hinter Strohmänner. Aber das Blatt fragt, ob es nicht möglich sei, diese Leute durch eine Eidesleistung dazu zu zwingen, sich über Umfang, Höhe und Gründe des Auslandguthabens auszuweisen.

Das Kriegsbeil vergraben.

Direkte Beziehungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen der deutschen Reichsbank und der Bank von England sind, wie die Volkszeitung mitteilt, die direkten Beziehungen wieder aufgenommen worden, die seit dem Kriege unterbrochen waren. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die Reichsbankpräsident Havenstein vor kurzem in London geführt hat. Es ist wohl kein Zufall, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu einem Zeitpunkt erfolge, da die Verhandlungen in London über eine englische Anleihe an Deutschland unmittelbar vor der Beendigung stehen.

Vor einer neuen Konferenz der Alliierten.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Pariser Blättern zufolge hat die englische Regierung Loucheur eingeladen, nach London zu kommen, um mit dem Schatzkanzler über die Frage der Wiedergutmachung zu sprechen. Als Gegenstand der Besprechungen wird im Temps genannt das Wiesbadener Abkommen, die nächsten deutschen Zahlungen, die Möglichkeit eines Aufschubes für die Barzahlungen. Loucheur soll mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts einen ersten Meinungsaustausch haben, der wahrscheinlich die Vorberatung zu einer Konferenz der Verbündeten sein wird. Loucheur hatte gestern eine Unterhaltung mit Briand, der danach den englischen Botschafter, den französischen Botschafter in Berlin, den italienischen und den japanischen Botschafter, sowie den Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission, Dubois, empfing.

Abgelehnter Haftentlassungsantrag.

München, 7. Dezember. Dem Geschäftsordnungsausschuß des Landtages lag ein Antrag des Abg. Nitzsch (USP.) auf Entlassung der Unabhängigen und Kommunisten Tauber, Hagemeyer, Foller, Schmidt und Eisenberger aus der Festungshaft vor. Der Antrag wurde abgelehnt.

Einbruch der Deutschnationalen in die Stinnespartei.

„Während die Deutsche Volkspartei ihre Begrenzung nach links hin verhältnismäßig leicht vornehmen kann, ist eine Abgrenzung nach rechts hin sehr schwer.“ So schrieb die Tägliche Rundschau, die die Brücke zwischen den Deutschnationalen und der Stinnespartei bildet, in ihrem Begrüßungsartikel zum Parteitag der Deutschen Volkspartei, der vor kurzer Zeit in Stuttgart tagte. Nach außen hin hatte es den Anschein, als wenn tiefgehendere Differenzen in den Reihen der Volkspartei nicht vorhanden seien. Die Regie klappte so einigermaßen und eigentliche Gegensätze machten sich nur bemerkbar durch den Vorstoß des ehemaligen sächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser, der gegen die Helfferichisierung der Stinnespartei Stellung nahm. Herr Dr. Stresemann ließ als Häuptling eine seiner großen Reden vom Stapel, die immer ein Mittelglied sind zwischen denen eines Staatsmannes, der auf den kommenden Ministerposten lauert und dem Vertreter der großkapitalistischen Partei in Deutschland. Seit den Tagen des Londoner Ultimatus steht Stresemann in einigem Gegensatz zu einem scheinbar nicht geringen Teile der Deutschen Volkspartei. Die Opposition ist bestrebt, den Kurs der Partei weiter nach rechts abzurängen, um in eine engere Interessengemeinschaft mit den Hert, Helfferich und Hugenberg zu gelangen. Auf dem Parteitag selbst schweigte man in nationalistischen Tiraden, man hatte sich eigens den „Sieger“ vom Lagerat, den Admiral Scheer, kommen lassen, um die erforderliche Stimmung zu erzeugen. Die Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel der Deutschen Volkspartei sind dadurch einigermaßen überleitet worden und kamen nicht offen zum Austrag. Nichtsdestoweniger besteht ein klaffender Widerspruch zwischen den beiden Flügeln. Es wurde gemeldet, daß Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei und ihrer Fraktion im Reichstag, veranlaßt werden sollte, den Vorstoß in der Fraktion niederzuliegen, damit der frühere hessische Finanzminister Dr. Becker an seine Stelle treten könne. Dagegen wurde erklärt, daß Stresemann nicht daran denke, sich in dieser Weise beiseite schieben zu lassen, immerhin aber tauchen die Meldungen von einem Rücktritt Stresemanns von neuem auf. Die Volkszeitung berichtet in ihrer heutigen Morgennummer, es habe den Anschein, daß die Gegensätze in der Deutschen Volkspartei jetzt, nach dem Parteitag, in der Reichstagsfraktion zum Austrag gelangen sollten. Auch die Volkszeitung bestätigt, daß man Dr. Stresemann zum Rücktritt veranlassen wolle. Dazu bemerkt das Berliner Börsenorgan, eine Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch Dr. Stresemann würde auch nach außen hin mit aller Deutlichkeit zeigen, daß die Fraktion völlig unter dem Einfluß der deutschnational orientierten Gruppe stehe.

Es ist also so, wie die Tägliche Rundschau bereits vor dem Stuttgarter Parteitag schrieb, daß eine Begrenzung der Deutschen Volkspartei nach links hin leicht vorzunehmen sei, nach rechts hin aber sei dies um so schwerer, da zweifellos eine eigentliche Trennungslinie zwischen weiten Kreisen der Stinnesleute und den Männern um Helfferich nicht mehr vorhanden ist. Es scheint, als wenn Stresemann versuche, eine letzte Möglichkeit zu finden, um sich dem deutschnationalen Kurs in der eignen Partei entgegenzustellen. Man darf daher dem Zusammentritt der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit einiger Spannung entgegen schauen, da möglicherweise die Auseinandersetzungen in diesem Kreise für die Bestimmung des kommenden Kurzes der Deutschen Volkspartei wichtiger sein werden, als die Verhandlungen und die fragwürdigen Beschlüsse auf dem Parteitag zu Stuttgart.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten berichteten in ihrer Dienstagnummer folgendes:

„Die Schwerindustriellen treiben eine Art interfraktionelle Politik. Hugenberg, der früher über Krupp das Zepher Schwanz, sitzt bei den Deutschnationalen, Wogeler, der Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, vertritt die Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei, Herr v. Siemens verbleibt, auf Wunsch der beiden vorgenannten Herren, unter den Demokraten und Generaldirektor von Homboldt vertritt die Schwerindustrie im Zentrum!“

Diese Darstellung bestätigt die Tatsache, daß in den Reihen der bestehenden Klassen ein starker politischer Konzentrationsprozeß im Gange ist. Das Aufsehensbedürfnis der Demokratie an die Stinnespartei ist offenkundig. Weiße Kreise des Zentrums, vor allem der industrielle Flügel sympathisieren in starkem Maße mit der Stinnespartei und werfen dem Vertreter des linken Flügels, dem derzeitigen Reichskanzler, gehörige Knüppel zwischen die Beine. Andererseits ist zwischen Deutscher Volkspartei und den Deutschnationalen nach dem Geständnis der Täglichen Rundschau eine Trennungslinie schwer aufzufinden, so daß von einigen Eingängern abgesehen, tatsächlich die Einheitsfront der gesamten bestehenden Klasse in Deutschland faktisch schon heute hergestellt ist. Der rechte Flügel der Stinnespartei hat das Ruder in den Händen und ditiert die Politik des Deutschen Reiches, dem